

- Teilen
- Drucken
- Als PDF speichern

[Zurück zur Übersicht](#)  
[Pressemitteilung](#)

## Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau begleitet bundesweite Suche nach atomarem Endlager fachlich

01.02.2021

Stellungnahme zum „Zwischenbericht Teilgebiete“ der Bundesgesellschaft für Endlagerung veröffentlicht



Stockwerk-Fotodesign - stock.adobe.com

Im Auftrag des Landes Baden-Württemberg hat das am Regierungspräsidium Freiburg (RP) angesiedelte Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) die fachliche Begleitung des Auswahlprozesses zur Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland übernommen. Wie das RP mitteilt, habe das Landesamt eine Stellungnahme zum „Zwischenbericht Teilgebiete“ der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) abgegeben. Neben den Stellungnahmen anderer Bundesländer werde die BGE die Einschätzung des LGRB im Vorfeld eines Fachgesprächs diese Woche veröffentlichen.

Der im September 2020 veröffentlichte Zwischenbericht der BGE führt bundesweit 90 Teilgebiete auf, die günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfälle erwarten lassen. Vier dieser Teilgebiete befinden sich in Baden-Württemberg und erstrecken sich über 47 Prozent der Landesfläche. Betroffen sind 39 von 44 Stadt- und Landkreisen im Land. Nicht in Frage kommen demnach der Bodenseekreis, die Stadtkreise Karlsruhe und Mannheim sowie die Landkreise Lörrach und Tübingen.

„Aus fachlicher Sicht erscheint der Zwischenbericht der BGE nachvollziehbar. Im weiteren Verfahren müssen nun die regionalen Gegebenheiten der einzelnen Teilgebiete betrachtet werden. Hierzu müssen die geowissenschaftlichen Daten, die wir der BGE zur Verfügung gestellt haben, wesentlich detaillierter und mit größerer fachlicher Tiefe bearbeitet werden“, so Prof. Jörg-Detlef Eckhardt, Leiter des LGRB. In seiner Stellungnahme habe das LGRB der BGE wichtige Hinweise gegeben, die bei der nun folgenden Ausweisung der Standortregionen berücksichtigt werden sollten. Hier gehe es unter

anderem um eine Neubewertung der geologischen Störungszonen auf lokaler Ebene mit Hilfe des amtlichen Datensatzes des LGRB. Zudem müssten die regionaltypischen Eigenschaften der in Baden-Württemberg vorkommenden Wirtsgesteine „Kristallin“ und „Tongestein“ beachtet werden. Darüber hinaus habe man auf geowissenschaftliche Rechenmodelle hingewiesen, die trotz der globalen Klimaerwärmung von möglichen Eiszeiten im endlagerrelevanten Zeitraum ausgehen. Solche Vereisungen könnten Auswirkungen auf ein Endlager haben und seien deswegen bei der Ausweisung der Standortregionen zu berücksichtigen.

„Der Zwischenbericht der BGE zeugt von einem gerechten, bundesweiten Verfahren auf wissenschaftlicher Basis. Er enthält keine abschließende Festlegung für Endlagerstandorte, sondern ist ein erster Schritt auf dem Weg zur Auswahl der möglichen Standortregionen“, erklärte Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer. Sie kündigte an, dass das LGRB den weiteren Prozess mit seiner Expertise konstruktiv begleiten werde. Der Bericht gewährleiste Transparenz bereits in einem frühen Stadium des Verfahrens und ermögliche die Beteiligung aller Interessierten. Entsprechend habe das Umweltministerium des Landes gemeinsam mit der BGE den bevorstehenden Prozess in den vergangenen Wochen in öffentlichen Online-Veranstaltungen in allen vier Regierungsbezirken erläutert.

Ziel der Bundesregierung ist es, den Standort des Endlagers bis 2031 festzulegen. Vom 5. bis zum 7. Februar findet im Rahmen des bundesweiten Auswahlverfahrens für das Endlager die erste Fachkonferenz statt, an der Vertreterinnen und Vertreter der Gebietskörperschaften der ermittelten Teilgebiete, der gesellschaftlichen Organisationen sowie der Wissenschaft teilnehmen. Aufgabe der Fachkonferenz ist es, den Zwischenbericht zu prüfen, zu bewerten und Empfehlungen auszusprechen. Diese sollen nach Vorgabe des Standortauswahlgesetzes im nächsten Verfahrensschritt, der übertägigen Erkundung möglicher Standortregionen, berücksichtigt werden.

Zur Stellungnahme des LGRB: <https://www.lgrb-bw.de>

Kategorie:

Geologie, Rohstoffe, Bergbau

## Pressestelle

Kaiser-Joseph-Straße 167  
79083 Freiburg  
[pressestelle@rpf.bwl.de](mailto:pressestelle@rpf.bwl.de)



**Heike  
Spannagel**  
Pressesprecherin  
0761208  
1038  
[heike.spannagel@rpf.bwl.de](mailto:heike.spannagel@rpf.bwl.de)



**Matthias**

**Henrich**  
Stellv.  
Pressesprecher  
0761208  
1039  
matthias  
.henrich  
@rpf.bwl  
.de



**Annika**  
**Nafz**  
Social  
Media  
0761208  
1040  
annika.n  
afz@rpf.  
bwl.de